Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARBEITSKREIS
KOMMUNALPOLITIK
STEFANIE PASLER

9. März 2007

www.kas.de

# „Integrationspolitik in den Kommunen“ – Eine thematische Einführung

**Spätestens seit In-Kraft-Treten des neuen Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 und dem darin enthaltenen Grundangebot an Integrationsleistungen ist klar, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Integrationsland ist. Die Integrationsprozesse finden dabei maßgeblich auf kommunaler Ebene statt.**

Integration ist verschiedentlich definierbar. Wichtig ist, dass am Anfang aller integrationspolitischen Maßnahmen eine **Begriffsdefinition** steht, die als **Leitbild** dient und an der sich alle Maßnahmen messen lassen.

In der kommunalen Integrationspolitik hat ein Perspektivenwechsel stattgefunden, der nun vor allem auf die **Chancen von Integration** blicken lässt. Integration ist aufgrund des demographischen Wandels auch als Zukunftsfrage zu verstehen.

Bei der Entwicklung von Integrationsangeboten ist zu beachten, dass Zuwanderer keine homogene Gruppe bilden. Sie kamen in verschiedenen Bewegungen nach Deutschland und unterscheiden sich in ihrem Status und in ihren Lebenslagen. Es gibt verschiedene Handlungsempfehlungen für die kommunale Integrationsarbeit, doch allen ist gemein, dass Integration als **Querschnittsaufgabe** konzipiert werden muss. Integrationsarbeit ist zudem als strategische Steuerungsaufgabe wahrzunehmen, die u.a. ein Gesamtkonzept und eine Evaluierung vorsieht. Die Kommunen können mit ihrer Integrationsarbeit in allen Lebensbereichen der Migranten und der Aufnahmegesellschaft Angebote schaffen. Hierbei sind die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und der Vernetzung der relevanten Akteure hervorzuheben. Unterlassene Integration hat nicht nur materielle, sondern auch ideelle Kosten zur Folge.

Die Bedeutung gelungener Integration wurde auch auf Bundesebene erkannt: Am 14. Juli 2006 fand auf Einladung der Bundeskanzlerin Angela Merkel der erste nationale Integrationsgipfel statt. Teilnehmer aus Bund, Ländern, Kommunen, Religionsgemeinschaften, Medien, Stiftungen, Wohlfahrtsverbänden, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, Migranten- und anderen Organisationen nahmen an dem Gipfel teil und verständigten sich darauf, bis Sommer 2007 einen **Nationalen Integrationsplan** zu erarbeiten. Es tagen zehn Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenfeldern. Das Thema „Integration vor Ort“ wird von dem Bundesminister für Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, geleitet. Bis Ende März 2007 legen die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse vor. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Dr. Maria Böhmer, wird dann auf dieser Grundlage einen Entwurf des Nationalen Integrationsplanes erarbeiten. Der gesamte Prozess ist auf Dialogbasis aufgebaut, der die Migranten einbezieht. Der Nationale Integrationsplan „soll klare Ziele, konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen aller beteiligten Ebenen von Bund, Ländern, Kommunen und gesellschaftlichen Akteuren sowie Kriterien für die Evaluation und Umsetzung von Zielvorgaben und Maßnahmen enthalten.“[1]

**Integrationspolitik findet auf kommunaler Ebene statt.**

„Die konkreten Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finden

Konrad Adenauer Stiftung

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**ARBEITSKREIS KOMMUNALPOLITIK**
STEFANIE PASLER

**9. März 2007**

www.kas.de

in den Kommunen statt. Hier werden Integrationserfolge, aber auch Misserfolge unmittelbar sichtbar." - so die Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände in ihrer Presseerklärung vor dem ersten Integrationsgipfel im Juli 2006 in Berlin.

**Integration: Definition**

Nach einer **allgemeinen Definition** ist „Integration (…) eine politisch-soziologische Bezeichnung für die gesellschaftliche und politische Eingliederung von Personen oder Bevölkerungsgruppen, die sich bspw. durch ihre ethnische Zugehörigkeit, Religion, Sprache etc. unterscheiden."[2] Das Integrationskonzept der Assimilation als Forderung an die Zuwanderer, sich an die Aufnahmegesellschaft anzupassen, ist zurzeit nicht akzeptiert.[3]

**Friedrich Heckmann**, Professor am Europäischen Zentrum für Migrationsstudien, definiert: „Integration bezeichnet auf einer allgemeinen Ebene die Eingliederung neuer Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen und die Art und Weisen, wie diese neuen Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System sozioökonomischer, rechtlicher und kultureller Beziehungen verknüpft werden."[4] Er unterscheidet weiterhin **vier Dimensionen** von Integration: Die strukturelle Integration beinhaltet „den Erwerb von Rechten und den Zugang zu Positionen in den Kerninstitutionen der aufnehmenden Gesellschaft"[5]. Die kulturelle Integration bezieht sich auf die kulturelle Anpassung der Migranten und der Aufnahmegesellschaft. Der „Erwerb von Mitgliedschaft in der privaten Sphäre"[6] betrifft die soziale Integration. Die identifikative Integration äußert sich in der Identifizierungsbereitschaft „mit ethnisch-nationalen und/oder lokalen Strukturen"[7].

„Zusammenfassend formuliert steht Integration also für die Angleichung von Lebenslagen und die kulturelle und soziale Annäherung zwischen Einheimischen und Migranten. In diesem Sinne ist Integration nicht nur eine analytische Kategorie zur Beschreibung eines komplexen Prozesses, sondern auch ein politisch-gesellschaftliches Ziel."[8]

Die Landesregierung von **Nordrhein-Westfalen**, die als erste über einen Integrationsminister verfügt, definiert Integration als einen „interaktiven Prozess zwischen Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft, der sowohl eine Integrationsleistung der Zuwanderer als auch eine Veränderung der Mehrheitsgesellschaft beinhaltet."[9]

Auch Zuwanderer haben unterschiedliche Auffassungen von Integration. Diese wurden z.B. bei Aussiedlern untersucht und gehen dort vom einfachen „Zurechtkommen" im Aufnahmeland über das „Mithalten" mit der Aufnahmegesellschaft in bestimmten Lebensbereichen bis zu dem Ziel, von der Aufnahmegesellschaft nicht mehr als fremd angesehen zu werden und dieser zu „gleichen".[10]

Der Begriff Integration kann, je nach politischer Schwerpunktsetzung, verschiedene Bedeutungen haben, bzw. bestimmte Aspekte besonders betonen, z.B. die sprachliche Eingliederung. Am Anfang aller kommunalen Integrationsarbeit muss also zunächst ein **Integrationsbegriff** entwickelt werden, der allen folgenden Maßnahmen als **Leitbild** dient.

**Daten zur Zuwanderung**

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs kamen Zuwanderer in verschiedenen Wellen, in unterschiedlicher Zusammensetzung und mit verschiedenen Zuwanderungsgründen in die Bundesrepublik. Derzeit leben in Deutschland **15,3 Millionen Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund**. Die Zuwanderer stellen damit 19 Prozent der Gesamtbevölkerung. Innerhalb der Gruppe der Zuwanderer wird zwischen Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländern unterschieden. Die Deutschen mit Migrationshintergrund sind die knappe Mehrheit (8 Millionen, 10% der Gesamtbevölkerung) innerhalb der Zuwanderer und setzen sich aus Aussiedlern (1,8 Millionen), Eingebürgerten (3,5 Millionen) und Deutschen, die Kinder von Aussiedlern, Eingebürgerten und Ausländern sind, (2,7 Millionen) zusammen. Die Ausländer (7,3 Millionen) stellen nur 9 Prozent der Gesamtbevölkerung, bzw. 48 Pro-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**ARBEITSKREIS KOMMUNALPOLITIK**
STEFANIE PASLER

**9. März 2007**

www.kas.de

zent der aller Personen mit Migrationshintergrund.[11]

Die Zuwanderer verteilen sich in der Bundesrepublik sehr unterschiedlich und konzentrieren sich in bestimmten Regionen: „Sie leben vor allem in den alten Bundesländern, dort vornehmlich in den Stadtstaaten und den Ballungsregionen der Flächenstaaten."[12] Die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen haben mit 13 bis 15 Prozent, die Flächenstaaten Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen haben mit 11 bis 12 Prozent die höchsten Ausländeranteile an ihrer Bevölkerung. In den neuen Bundesländern liegt der Anteil bei zwei bis drei Prozent.

Die Zuwanderer sind keine homogene Gruppe, sondern unterscheiden sich in Herkunft und Aufenthaltsstatus, in der Aufenthaltsdauer, in der sozialen Lage und in der bereits erfolgten kulturellen Integration.

Die Arbeitslosigkeit ist bei Zuwanderern fast doppelt so hoch als bei Deutschen, Kinder mit Migrationshintergrund weisen seltener als einheimische Kinder einen Schulabschluss auf.

**Perspektivwechsel in der kommunalen Beurteilung von Integration**

In der Integrationspolitik hat ein Perspektivwechsel begonnen: Deutschland wird seit kurzem als Integrationsland verstanden. Mit der Anerkennung der Zuwanderung wird auch die Integration als kommunale Aufgabe deutlich und akzeptiert. Migranten werden jetzt nicht mehr nur als Problem, sondern aufgrund ihrer Potentiale auch als Bereicherung für das Gemeinwesen betrachtet.

Ein Umdenken findet auch im Integrationsprozess statt: Zuwanderer werden in Planungen zur Integration eingebunden, die Kommunalverwaltungen bemühen sich um interkulturelle Öffnung und Integration wird zunehmend als Querschnittsaufgabe verstanden und praktiziert.

**Integration als Zukunftsfrage**

Die Integration von Zuwanderern ist nicht zuletzt auch eine Zukunftsfrage. Die demographische Entwicklung der Bundesrepublik ist künftig von einer Überalterung und Verminderung der deutschen Bevölkerung geprägt. Damit ergibt sich ein Mangel an Facharbeitskräften. Der Anteil der **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** an der Gesamtbevölkerung wird deutlich steigen. Auf Grund dessen ist es von besonderer Bedeutung, die Potentiale der Migranten positiv zu nutzen und nicht verfallen zu lassen. Integration führt damit auch zur Entlastung der Sozialsysteme. Hervorzuheben ist auch die Bedeutung von Integration als Wirtschaftsfaktor. Nicht zuletzt ist die Integration von Zuwanderern auch eine wichtige Frage in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen. Hierin sind auch die bisher nur schlecht integrierten, länger in Deutschland lebenden Zuwanderer einzubeziehen.

**Vorteile von Integration**

Gelungene Integration bereichert Städte, Kreise und Gemeinden in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht. Das ökonomische Engagement der Migranten stärkt die lokale Wirtschaft. Eine mehrsprachige Bevölkerung bietet im Zeitalter der **Globalisierung** einen Standortvorteil. Soziale Strukturen einer Kommune werden durch Netzwerke und bürgerschaftliches Engagement gestärkt. Die neue kulturelle Vielfalt erweitert lokale kulturelle Traditionen.

**Räumliche Segregation**

„Soziale Ungleichheiten bilden sich in Städten seit jeher räumlich ab: In Stadtteilen und Wohngebieten leben Bewohnergruppen in der Regel segregiert nach Herkunft, Ethnie, sozialer Lage und Lebensstil."[13] Ethnische Segregation hängt oft auch mit der wirtschaftlichen Situation der Migranten zusammen. Es stellt sich die Frage, wie ethnische Segregation beurteilt wird: Behindert sie Integration oder sind Segregation und Integration miteinander vereinbar?

Ethnische Segregation hat auch positive Aspekte: Die freie Wahl der Wohnortes und damit die freiwillige Segregation kann den Beginn des Integrationsprozesses erleichtern.

Integration ist unter den Bedingungen sozialräumlicher Segregation zu gestalten, da nach Meinung des Expertenforums des Projekts „Zuwanderer in der Stadt" „Stadtplanung und Wohnungspolitik keine wirksamen Instrumente haben, um eine einmal entstandene stadträumliche Segregation kurz- oder mittelfristig wieder aufzulösen."[14] Die stadträumliche Integration ist im Integrationsprozess von besonderer Bedeutung, da die Integrationskraft des Arbeitsmarktes abgenommen hat und das Wohnumfeld der Zuwanderer als Integrationsfaktor mehr Einfluss gewinnt.

Dazu werden vom Expertenforum verschiedene **Handlungsempfehlungen** gegeben, die u.a. mehr Partizipation der Migranten in der Kommune und den Wohnungsunternehmen, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Wohnungsunternehmen, die Stärkung des Sicherheitsempfindens, die bauliche Aufbesserung und den Ausbau der sozialen Infrastruktur der entsprechenden Quartiere beinhalten.

Die Frage nach dem **Umgang mit Segregation** war in diesem Projekt umstritten: Segregation könne zum einen als Realität angenommen werden. Wenn Integrationsmaßnahmen entsprechend darauf reagierten, habe Segregation auch positive Seiten. Eine andere Position meint, dass räumliche Segregation mit den entsprechenden Instrumenten doch steuerbar sei. Einer dritten Meinung nach habe Segregation keine positiven Aspekte und erschwere die Integration.

Es stellt sich jedoch grundsätzlich die Frage, ob Segregation ausschließlich als ethnische Segregation diskutiert werden sollte. Ein Perspektivenwechsel bietet sich an, der „weniger die Konzentration von Zuwanderern als vielmehr die Folgen der Konzentration von Armut und sozialer Benachteiligung in den Stadtteilen und ihr[en] Abbau"[15], also die soziale Segregation, in den Vordergrund stellt.

**Handlungsempfehlungen**

Die **Bertelsmann Stiftung** listet zehn Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche kommunale Integrationspolitik auf:

1. Integrationskonzepte werden von Kommunalpolitik und Verwaltung unter Einbeziehung aller relevanten Akteure entwickelt.

2. Integration wird als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden und durch eine zentrale Stelle koordiniert.

3. Für die Integrationspolitik werden von Kommunalpolitik und Verwaltung politische Verbindlichkeit und Verantwortung hergestellt. Zuwanderer werden eingebunden und erhalten für ihre Vertreter ein Gremium mit Entscheidungskompetenz.

4. Die Bedeutung von Partizipation wird hervorgehoben. Durch diese können die Integrationskonzepte erst wirken. Migrantenselbstorganisationen sind in den Integrationsprozess einzubinden, mit der Bevölkerung ist ein offener Dialog zu führen.

5. Für eine erfolgreiche Integrationsarbeit sind alle relevanten Akteure miteinander zu vernetzen, die Kommunikationswege zu verbessern und die Ressourcen effektiver und nachhaltiger einzusetzen.

6. Bei der Planung von Integrationsarbeit sind die Stadtteile besonders zu berücksichtigen, da der direkte Kontakt zu den Bürgern zu effektiveren und bedarfsorientierten Maßnahmen führt.

7. Integrationsmaßnahmen werden in möglichst allen Handlungsfeldern durchgeführt. Dazu gehören Bildung und Sprache, Beschäftigung und der interkulturelle Dialog. Dies sollte mit den Migranten, nicht für sie, entwickelt werden.

8. Die Kommunen als Arbeitgeber sollten Zeichen für die lokale Wirtschaft setzen und den Migrantenanteil in der Verwaltung er-

höhen. Daneben gilt es, das übrige Verwaltungspersonal interkulturell fortzubilden.

9. Dienstleistungen der Verwaltung für die Migranten sind zu öffnen. Das beinhaltet u.a. den Abbau sprachlicher Barrieren, z.B. durch Dolmetscherangebote. Die Ausländerbehörden sind zu Integrationsbehörden entwickeln, in denen verschiedene Arbeitsbereiche zusammengefasst sind.

10. Die Integrationsmaßnahmen sollten kontrolliert und auf ihren Erfolg hin überprüft werden. Für die Evaluation sind Indikatoren zu entwickeln. Die Kontrollberichte sollten sich nicht an Input (Kosten) und Output (Quantität der Maßnahmen) orientieren, sondern nach dem Outcome (verbesserte Wirkung) ausgerichtet werden. Die Maßnahmen sollten regelmäßig evaluiert werden – die Migranten sollten auch hier einbezogen und die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Werden die Handlungsempfehlungen der Bertelsmann Stiftung zusammengefasst und mit den Integrationsfaktoren anderer Einrichtungen kombiniert, sind folgende Aussagen als unverzichtbare Integrationsleitsätze zu bezeichnen: Kommunale Integrationspolitik muss „wirksame und effiziente Integrationsangebote“[16] bereitstellen, die in Einbeziehung der Migranten entwickelt wurden. Integration ist als Querschnittsaufgabe mit vielen Handlungsfeldern zu verstehen. Die Verwaltung sollte sich interkulturell öffnen und die Rolle der Ausländerbehörden erweitert definiert werden. Alle relevanten Akteure müssen miteinander vernetzt, bürgerschaftliches Engagement bei Migranten und Deutschen muss gefördert werden. Eine gelungene Integration erfordert einerseits ein tolerantes soziales Klima in der Aufnahmegesellschaft, andererseits auch den Willen und die Mitarbeit der Migranten zur Integration.

**Integration als Steuerungsaufgabe**

Integrationspolitik braucht „eine systematische und übergreifende Herangehensweise (…) und ein integrationspolitisches Gesamtkonzept (…), das die Bedürfnisse von Aufnahmegesellschaft und Zuwanderern gleichermaßen berücksichtigt.“[17]

Zu einer strategischen Ausrichtung der Integrationspolitik gehören die Analyse der Ausgangssituation und das Priorisieren der Handlungsfelder und Ziele. Die Ziele werden mit Indikatoren versehen, um sie später evaluieren zu können. Zur Evaluation wird ein Controlling-System angelegt. Alle relevanten Akteure werden miteinander vernetzt. Steuerung und Koordination der Integrationspolitik sind im Sinne von Integration als Querschnittsaufgabe von besonderer Bedeutung.

Integrationspolitik bedarf vor allem eines **gesellschaftspolitischen Leitbildes**. Dieses Leitbild kann in einer politischen Diskussion entwickelt und mit eigenen Schwerpunkten versehen werden. An diesem Leitbild wird dann die Effektivität der Integrationsmaßnahmen gemessen. Nordrhein-Westfalen nennt als Leitbild die „**Bürgergesellschaft**“[18]. Zu dieser gehörten interaktive, emanzipatorische und partizipative Integrationskonzepte.

**Folgen unterlassener Integration**

Unterlassene Integration verursacht sowohl ideelle als auch materielle Kosten. Friedrich Heckmann stellt Krisenindikatoren vor, die auf Integrationsprobleme hinweisen:

-„Stagnierende oder zurückgehende Integration von Migranten auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem;

-anhaltende Sprachprobleme von Migranten;

-Zunahme der Abhängigkeit von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen bei Migranten;

-Zunahme ethnischer Konzentration auf dem Wohnungsmarkt;

-Stabilität innerethnischer Sozialkontakte;

-Zunahme von abweichendem Verhalten;

-ausbleibende Identifikation mit dem Aufnahmeland auch im Generationsverlauf.“[19]

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**ARBEITSKREIS KOMMUNALPOLITIK**
STEFANIE PASLER

**9. März 2007**

**www.kas.de**

Die Aufnahmegesellschaft reagiert auf diese Entwicklungen:

-„Starke Verschlechterung des gesellschaftlichen Meinungsklimas gegenüber Ausländern, Zuwanderern allgemein sowie gegenüber bestimmten Zuwanderernationalitäten; (...)

-Entstehung oder Wachstum von sozialen Bewegungen, Organisationen oder Ein-Punkt-Parteien, die gegen ‚Überfremdung' und Zuwanderung zu mobilisieren suchen;

-Zunahme von Gewalttaten gegenüber Migranten und gesellschaftlichen Minderheiten; Antisemitismus."[20]

Die hohe Arbeitslosigkeit bei Migranten und steigende Sozialhilfekosten sind Indizien für Defizite in der Integration.

**Handlungsfelder zur Förderung der Integration auf kommunaler Ebene**

Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der Migranten und einheimische Aufnahmegesellschaft gleichermaßen betrifft. Dies wird an den Anforderungen deutlich, die eine gelungene Integration an beide Seiten stellt. Die Migranten durchlaufen eine Neu-Sozialisation, für die das Erlernen der entsprechenden einheimischen Sprache von zentraler Bedeutung ist. Aber auch alle anderen Lebensbereiche sind von Lernprozessen geprägt und verlangen von den Migranten „eine Bereitschaft zur Veränderung"[21].

Die Aufnahmegesellschaft muss für eine gelungene Integration Offenheit aufweisen und bereit sein, materielle und nicht-materielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, dass Migranten der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen und zum Wohnungsmarkt gewährt wird.

Mögliche Handlungsfelder zur Förderung der Integration auf kommunaler Ebene sind z.B.: die Sprachförderung; Projekte im Bereich der beruflichen Integration; spezielle Förderprojekte auf Stadtteilebene; die Förderung von Wirtschaftsprojekten; interkulturelle Initiativen und interkulturelle Zusammenarbeit; der interreligiöse Dialog; Integrationsprojekte im Sport; die interkulturelle Weiterentwicklung der Seniorenarbeit; die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung; Schulungen der Migranten im Umgang mit Medien; die Verbesserung der politischen Partizipation von Migranten.

**Bedeutung der Sprachförderung**

„Die gemeinsame Sprache stellt eine Schlüsselqualifikation für die Teilhabe an der Gesellschaft dar. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung für die berufliche Qualifikation und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Gute Deutschkenntnisse erleichtern den Zugang zur politischen Information und ermöglichen ein tieferes Verständnis der deutschen Gesellschaft."[22]

Das Erlernen der Sprache ist für die Integration von zentraler Bedeutung. Auf kommunaler Ebene existieren bei der Sprachförderung viele verschiedene Ansätze und Konzepte. Wichtig ist, dass die Sprachförderung den persönlichen Hintergrund von Migranten, z.B. deren Alter und Bildungsgrad, berücksichtigt. Dabei kommen verschiedene Zielgruppen für die Sprachförderung in Frage: u.a. Kindergartenkinder und deren Eltern, Schulkinder, länger in Deutschland lebende Migranten.

Das Erlernen der deutschen Sprache kann auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Institutionen stattfinden: In den Kindergärten und Schulen, in Volkshochschulen, bei den Integrationskursen, durch bürgerschaftliches Engagement.

---

[1] http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerIntegrati-on/NationalerIntegrationsplan/nationaler-intregrationsplan.html.

[2] Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006. http://www.bpb.de/wissen/H75VXG,,.html?wis_search_action=search&wis_search_allte xt=integraton&wis_pocketpolitik=4&wis_po

cketeuro-pa=64&wis_schubertklein=1&wis_andersen woke=2&wis_wirtschaft=8&wis_islam=16&wis_fischer=32&wis_search_type_buchstaben=4&x=51&y=12.

[3] Vgl.: Dr. Alfred Reichwein/Stephanie Vogel, Integrationsarbeit – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen (Im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen), 2004, S.24.

[4] Friedrich Heckmann, Bedingungen erfolgreicher Integration. Bayerisches Integrationsforum „Integration im Dialog – Migranten in Bayern“, Bayreuth 2005, S.2.

[5] Heckmann, Bedingungen erfolgreicher Integration, S.2.

[6] Reichwein/Vogel, Integrationsarbeit – effektiv organisiert, S.25.

[7] Heckmann, Bedingungen erfolgreicher Integration, S.2.

[8] Heckmann, Bedingungen erfolgreicher Integration, S.3.

[9] Reichwein/Vogel, Integrationsarbeit – effektiv organisiert, S.21.

[10] www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/865.php.

[11] Vgl. Regina Höbel u.a., Stadträumliche Integrationspolitik. Umsetzung der Empfehlungen des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“, Darmstadt 2006, S. 9-10.

[12] Höbel u.a., Stadträumliche Integrationspolitik., S. 10.

[13] Höbel, u.a., Stadträumliche Integrationspolitik, S.11.

[14] Höbel u.a., Stadträumliche Integrationspolitik , S.31.

[15] Höbel u.a., Stadträumliche Integrationspolitik , S.38.

[16] Reichwein/Vogel, Integrationsarbeit – effektiv organisiert, S.6.

[17] Reichwein/Vogel, Integrationsarbeit – effektiv organisiert, S.6.

[18] Reichwein/Vogel, Integrationsarbeit – effektiv organisiert, S.42.

[19] Heckmann, Bedingungen erfolgreicher Integration, S.12.

[20] Heckmann, Bedingungen erfolgreicher Integration, S.12.

[21] Heckmann, Bedingungen erfolgreicher Integration, S.3.

[22] Stuttgarter Bündnis für Integration. Grundlagen der Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart 2006, S.19.